

Reform der europäischen Fiskalregeln diskutiert / Machnig: "Brauchen in Europa Klarheit über künftige Regelungen"

Berlin, 2. Februar 2022. Das **Wirtschaftsforum der SPD e.V.** hat heute zu einer möglichen Reform der europäischen Fiskalregeln diskutiert. Im Fokus stand die Frage, welche Konfliktlinien sich auf politischer und volkswirtschaftlicher Ebene durch eine Reform ergeben. Wie könnte eine Regelung aussehen, welche die notwendigen Investitionen in die ökologische und digitale Transformation ermöglicht, aber gleichzeitig ein Moral Hazard in der Haushaltsführung verhindert?

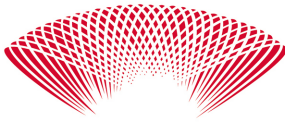
Auf dem virtuellen Panel waren vertreten **Klaus Regling**, Geschäftsführender Direktor des European Stability Mechanism (ESM), **Prof. Dr. Veronika Grimm**, Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, und **Prof. Dr. Peter Bofinger**, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg.

Matthias Machnig, Vizepräsident des SPD-nahen Wirtschaftsverbands, betonte: „Wir brauchen in Europa Klarheit über die künftigen Fiskalregeln. Aussagen wie 'die EU-Regeln hätten ihre Flexibilität gezeigt' helfen dabei nicht weiter. Europa muss Antworten geben auf die Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit, die Aufgaben der Transformation, und das Ziel europäischer Souveränität bei Schlüsseltechnologien. Eine Anpassung der Fiskalregeln ist dafür notwendig.“

"Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat besser funktioniert, als viele vorhergesagt haben", macht **Klaus Regling** deutlich. "Aber vieles, was in den 80er und 90er Jahren richtig war, wird den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nur bedingt gerecht. Ein wirksames und glaubwürdiges finanzpolitisches EU-Regelwerk könnte auf einer Defizitgrenze von Prozent, einer höheren Schuldenstandsquote und einer Kombination aus einer Ausgaben- und einer Primärsaldoregel aufbauen.

"Die europäischen Fiskalregeln haben sich in der Krise flexibel gezeigt. Eine Reform des Regelwerks sollte besser dafür sorgen, dass in konjunkturell guten Zeiten konsolidiert wird, um die Resilienz für zukünftige Krisen zu stärken. Die Komplexität des Regelsystems sollte hierfür reduziert, die Transparenz hinsichtlich der Einhaltung und Durchsetzung verbessert, sowie prozyklische Regelwirkung vermieden werden. Ökologische und fiskalische Nachhaltigkeit hängen eng zusammen. Die Transformation zur Klimaneutralität erfordert tragfähige Staatsfinanzen und die Mobilisierung zukunftsorientierter Investitionen", so **Veronika Grimm**.

Peter Bofinger sprach sich für eine zukunftsgerichtete Reform aus: "Die Architektur des Stabilitäts- und Wachstumspakts muss so reformiert werden, dass die notwendigen Spielräume für Investitionen zum Schutz des Klimas und zur digitalen Transformation in Europa eröffnet werden.“



Das Wirtschaftsforum der SPD e.V. ist ein unabhängiger unternehmerischer Berufsverband. Die Mitglieder des Wirtschaftsforums sind Privatpersonen, Unternehmen und Verbände aus allen Branchen. Sie spiegeln den vielfältigen, einzigartigen und erfolgreichen Wirtschaftsstandort Deutschland wider. Das Wirtschaftsforum hat sich die Förderung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert zur Aufgabe gemacht. Der Verband organisiert den Dialog der Mitglieder mit Politik, Verwaltungen und Institutionen sowie insbesondere sozialdemokratischen VerantwortungsträgerInnen.

Weitere Informationen unter: www.spd-wirtschaftsforum.de

Sie haben noch Fragen oder benötigen weitere Informationen? Wenden Sie sich gerne an:

Stephanie Preuß

Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Wirtschaftsforum der SPD e. V.

Dorotheenstraße 35 | 10117 Berlin

sp@spd-wirtschaftsforum.de

Telefon: +49 30 400 40 664

Mobil: +49 151 11 320 600